

Ansichten

Etwas wagen – oder untergehen

Im Februar wurde der Bebauungsplan Unterfeld zwischen Zug und Baar vom Volk abgelehnt. In einem Kanton mit chronischer Wohnknappheit werden somit rund 700 Wohnungen, davon 450 preisgünstige, nicht gebaut werden.

In einem Punkt sind sich alle einig: Um die Qualität unserer Landschaft zu erhalten, ist Verdichtung ein Gebot der Stunde. Wenn es aber um die Umsetzung geht, sieht es anders aus: Konkrete Projekte werden abgelehnt. Überall sonst, aber nicht bei uns, ist die Devise.

Das Unterfeld war ein mutiges Projekt: grosse Freiflächen, ein See, markante Hochhäuser mit landschonender Verdichtung. Wie immer kann über architektonische Qualität, Nutzungskonzept, Einbezug der Bevölkerung und Weiteres lange diskutiert werden. Nichtsdestotrotz reiht sich dieser Volksentscheid nahtlos in die vielen weiteren bewahrenden, verhin- dernden, von Veränderungs- angst geprägten Entscheide der letzten Zeit ein.

Diese Zeilen schreibe ich in Dubai. Der Unterschied zur Schweiz könnte kaum grösser sein. Nicht allein wegen Sonne, Wärme, Meer und Wolkenkrat- zern. Was auffällt, ist die völlig unterschiedliche Haltung gegenüber der Zukunft. Das Land ist sich bewusst, dass die Ölreserven als Quelle des Reichtums ab 2040 versiegen werden. Es ist daran, sich neu zu erfinden. Anders als bei uns ist die Herangehensweise nicht von Verlustängsten und Problem- bewusstsein, sondern von Optimismus und einer «if you can dream it, you can do it»-Ein- stellung geprägt. Zu wenig Strand? Wie wär's mit künstli- chen Inseln? Die «Palme» schafft 100 Kilometer zusätzli- chen Sandstrand und Platz für 50 000 Personen. Nicht im ersten Anlauf perfekt, aber die Probleme mit Wasserzirkula- tion, urbanem Leben etc. wer-

den in jeder neuen Etappe verbessert. Mit ähnlicher Ein- stellung hat sich das Land innert kürzester Zeit mit den «Free- Zones» zum wichtigsten Inter- net-, Medien-, Universitäts-, Finanz- und Forschungszent- rum für den Nahen Osten und Afrika entwickelt. Ganz zu schweigen von der globalen Ausstrahlung als Tourismus- und Shopping-Destination. Ähnliche Dynamik finden wir auch in Orten wie Singapur, New Delhi, Boston, San Francis- co.

Dass sich unsere viel weiter entwickelte, sehr wohlhabende Gesellschaft nicht mit dem gleichen Enthusiasmus in neue – vielleicht auch grössen- wahnsinnige – Projekte stürzt, ist verständlich. Dass eine immer älter werdende Gesell- schaft es etwas gemächlicher angeht und Neuem skeptischer gegenübersteht, ist nachvoll- ziehbar. Die Illusion, dass alles gleich bleibt, wenn wir nichts verändern, ist verführerisch, aber leider falsch.

Die Welt ausserhalb Europas wandelt sich rasant. Die Schweiz ist mit ihren aktuellen Stärken hervorragend aufge- stellt, um im Rahmen der Megatrends «Digitalisierung», «wissensbasierte Gesellschaft», «nachhaltiges Wirtschaften», «umfassende, lebenslange Ausbildung» die Nase ganz vorne zu haben. Darauf liesse sich vieles aufbauen.

Welche Zukunftsvisionen haben wir dafür? Wie sieht die Schweizer Finanzwelt nach der Abschaffung des Bankgeheim- nisses aus? Wie können wir unsere tolle Lebensqualität, Sicherheit und Wirtschafts- attraktivität einsetzen, um die besten und klügsten Köpfe hierhin zu ziehen? Wie bringen wir zehn Millionen Menschen in einer lebenswerten Schweiz unter? Darauf Antworten zu finden, wäre die primäre Aufga- be der Politik. Diese kümmert sich häufig lieber um die weitere

Detailregulierung von Bestehen- dem, um beim eigenen Wähler- klientel den Anschein zu erwe- cken, man mache etwas für sie.

Muhammad Alis Motto war: «If your dreams don't scare you, they are not big enough!» Richtig Angst vor unseren Träumen sollten wir aber dann haben, wenn sie darauf zusam- mengeschrumpft sind, ja nichts zu verändern und nichts falsch zu machen. Denn dann verlie- ren wir uns in Regulierungen der kleinsten Details des Ist- Zustandes, zerstören mit gros- sen Compliance-Abteilungen und Behördenstäben die Pro- duktivität und würgen im Bestreben, es jedem recht zu machen und keine Risiken einzugehen, Innovationen ab.

Es ist zu einfach, nur auf «die Politik» zu schimpfen. Fangen wir bei uns an: Wählen wir nächstes Mal die Politiker, welche die Dynamik der Angst befeuern, oder die, die uns Mut zum Aufbruch machen? Wie weit ist unternehmerischer Spirit die Leitlinie unseres eigenen Handelns?

Wo wären wir heute, wenn unsere Grosseltern beschlos- sen hätten, dass die Schweiz, so wie sie damals war, die beste aller möglichen Welten darstell- te und nichts mehr geändert werden sollte? Wie dankbar werden uns unsere Grosskinder sein, wenn wir heute genau das machen?



Markus Schmidiger
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Hinweis
Markus Schmidiger ist Leiter des Competence Center Immo- bilienmanagement an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und am Institut für Finanzdienst- leistungen Zug (IFZ).

UBS und CS verweigern Aussage

Panama Papers Weil UBS und CS nicht im Ausschuss zu den Panama-Papieren aussagen wollen, drohen die Grünen den Bank- Lobbyisten mit dem Entzug des Zugangs zum EU-Parlament.



UBS- und Credit-Suisse-Hauptsitz am Zürcher Paradeplatz. Bild: Dominik Baur/EQ (12. Juni 2013)

Remo Hess, Brüssel
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Knapp ein Jahr ist es her, seit die sogenannten Panama Papers ver- öffentlicht wurden. Darin ist er- sichtlich, wie die panamaische Anwaltskanzlei Mossack Fonseca über Jahre hinweg die Gründung von Hunderttausenden Briefkas- tenfirmen managte, deren Zweck in den meisten Fällen Steuerver- meidung, Steuerhinterziehung oder Geldwäsche gewesen sein dürfte. Aus Schweizer Sicht bri- sant: Die beiden Grossbanken UBS und Credit Suisse (CS) wa- ren bei der Vermittlung von Kun- den an Mossack Fonseca gemäss den Enthüllungen ganz vorne mit dabei. Ob die Banken dies aktiv oder nur auf Nachfrage ihrer Kunden taten, ist nicht klar.

Um diese und weitere Fragen zu klären hat der sogenannte Pa- na-Untersuchungsausschuss des EU-Parlaments, der sich seit Juni 2016 mit der Affäre befasst, die beiden Geldinstitute für Montag

zu einer Anhörung eingeladen. Doch am Zürcher Paradeplatz scheint niemand Lust auf einen Brüssel-Besuch zu haben. UBS wie auch CS liessen wissen, dass sie nicht an der Aussprache teil- nehmen werden. Die UBS be- gründete, man habe im letzten Jahr schon im Luxleaks-Sonder- ausschuss zu ähnlichen Themen Auskunft gegeben. Zudem habe man schriftlich Fragen zu den Pa- nama-Papers beantwortet.

«Mangel an Respekt vor der EU-Demokratie»

Die Abfuhr verärgert Sven Gie- gold, EU-Parlamentarier der Grü- nen und Mitglied des Pana-Aus- schusses. Giegold: «Das Nicht- erscheinen ist ein Mangel an Respekt vor dem Parlament und der europäischen Demokratie.» Er schlägt deshalb vor, den Lob- byisten der beiden Banken als Re- tourkutsche den Zugang zum EU- Parlament zu entziehen. Eine sol- che Massnahme ist grundsätzlich möglich, falls Unternehmen nicht

mit Untersuchungsausschüssen des EU-Parlaments kooperieren.

Sowohl Credit Suisse wie auch UBS betreiben in Brüssel Lobbyarbeit mit einem Millio- nenbudget. Dazu kommt die ge- meinsam gegründete Interes- senvertretung Swiss Finance Council, der Alexis Lautenberg vorsteht, der ehemalige EU-Bot- schafter der Schweiz in Brüssel.

Dass die Drohung des Ent- zugs des Parlamentzugangs aber nicht ungehört geblieben sein könnte, zeigt ein Brief vom Don- nerstag, den die UBS an den Aus- schussvorsitzenden Werner Lan- gen (CDU) geschickt hat. Darin sichert die Bank zu, dass sie «für künftige Hearings» zur Verfü- gung stehen würde, sofern man zusätzliche Erkenntnisse beisteu- ern könne. Sven Giegold ver- bucht das als Zwischenerfolg und fordert nun, dass es auch bei der Credit Suisse zu Bewe- gung kommt. Der nächstmögli- che Termin für eine Anhörung wäre Ende März.

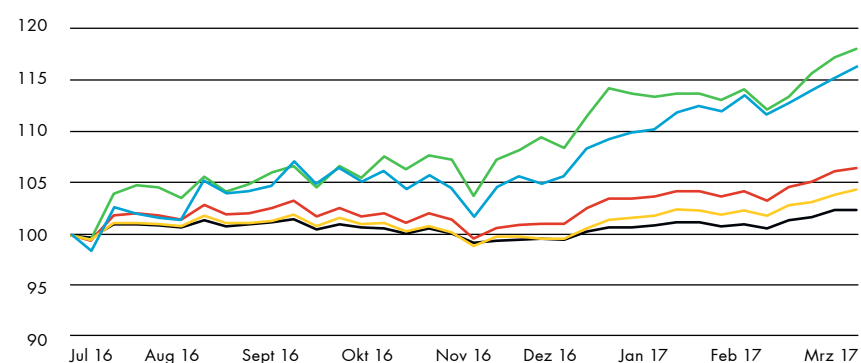
ANZEIGE

Finanzmärkte und LUKB Anlagefonds

3. März 2017

In der Berichtswoche sorgten gute Konjunkturdaten für steigende Aktienmärkte, wovon auch die LUKB Anlagefonds profitierten. In der Schweiz stieg das KOF-Konjunkturbarometer im vergangenen Monat überraschend stark an, was für die nähere Zukunft überdurchschnittliche Wachstumsraten für die heimische Wirtschaft signalisiert. Auch der Industrie-Einkaufsmanagerindex - sowohl in der Schweiz, in der Euro-Zone als auch in den USA - ist im Februar deutlich angestiegen. Dabei verzeichneten die Komponenten „Produktion“ und „Auftragseingang“ besonders starke Zuwächse. Der Index gilt als wichtiger und verlässlicher Frühindikator und deutet damit eine wachsende Industrieproduktion an.

Entwicklung der LUKB Anlagefonds indexiert per Juli 2016



Aktien	akt. Index	Wochenfrist	seit 1.1.
SMI	8'651	↑ 1.5%	↑ 5.2%
Euro Stoxx 50	3'406	↑ 3.1%	↑ 3.5%
FTSE 100	7'365	↑ 1.7%	↑ 3.1%
Dow Jones Ind. Avg.	21'003	↑ 0.9%	↑ 6.3%
Topix	1'558	↑ 0.5%	↑ 2.6%

Zinsen	akt. Rendite	Wochenfrist	seit 1.1.
CHF 3 Mt.	-0.724	↑ 0.01 PP	↑ 0.01 PP
CHF 10 J.	-0.170	↑ 0.03 PP	↑ 0.03 PP
EUR 3 Mt.	-0.354	↑ 0.00 PP	↑ 0.02 PP
EUR 10 J.	0.360	↑ 0.17 PP	↑ 0.15 PP
USD 3 Mt.	1.102	↑ 0.05 PP	↑ 0.10 PP
USD 10 J.	2.500	↑ 0.19 PP	↑ 0.06 PP

Devisen	akt. Kurs	Wochenfrist	seit 1.1.
EUR/CHF	1.067	↑ 0.3%	↑ 0.4%
GBP/CHF	1.237	↑ 1.5%	↑ 1.7%
USD/CHF	1.011	↑ 0.4%	↑ 0.8%
JPY/CHF	0.884	↑ 1.7%	↑ 1.5%
EUR/USD	1.056	↑ 0.1%	↑ 0.4%

Anlagefonds	akt. Kurs	Wochenfrist	seit 1.1.
LUKB Expert-Ertrag	143.40	↑ 0.1%	↑ 1.7%
LUKB Expert-Vorsorge	142.90	↑ 0.4%	↑ 2.6%
LUKB Expert-Zuwachs	185.20	↑ 0.3%	↑ 2.9%
LUKB Expert-TopGlobal	149.80	↑ 0.7%	↑ 5.0%
LUKB Crowders TopSwiss	116.30	↑ 1.0%	↑ 5.7%



LUKB Expert-Tell – der erste Zentralschweizer Aktienfonds
Kostenlose Zeichnung bis 31. März 2017 – www.lukb.ch/tell

Anlageberatung und LUKB Anlagefonds



Informieren Sie sich unter
www.lukb.ch/expert-markt



Nutzen Sie LUKB Mobile
Banking und die
Paymit-App.



Lassen Sie sich persönlich oder
telefonisch unter
0844 822 811 beraten.



Für jeden Anleger die passende Lösung.